



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

21.01.2021
HHA

Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/4214 zu Drucksache 20/3978

Inhalt des Antrags: **Fachaufsicht über hessische Psychiatrien stärken**

Einzelplan **08** Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 01 Ministerium
Buchungskreis: 2700

Produktnummer lt. Leistungsplan 7

Bezeichnung lt. Leistungsplan Gesundheit

| <u>Leistungsplan:</u> | Veränderung | | |
|-------------------------|-----------------------------|--------|----------|
| | von | um | auf |
| | Beträge in 1.000 EUR | | |
| Gesamtkosten | 26.647,8 | +131,8 | 26.779,6 |
| Produktabgeltung | 26.616,2 | +131,8 | 26.748,0 |

Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Die Fachaufsicht über die Psychiatrie wird mit zwei Stellen verstärkt.

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Es gibt fortgesetzte Beschwerden über die stationäre Versorgung im Bereich der hessischen Psychiatrie. Die Veröffentlichungen des Teams Wallraff 2018 sind nur die Spitze des Eisbergs. Inzwischen musste auch das Hessische Sozialministerium einräumen, dass die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Eins-zu-Eins-Betreuung bei Fixierungen in Hessen nicht immer eingehalten wurden und es demzufolge zu schweren Grundrechtsverletzungen gekommen ist. Nur: Seitens der Fachaufsicht werden keine entschiedenen Gegenmaßnahmen ergriffen. Auf Nachfrage wird die dünne Personalbesetzung als Grund genannt. Diesem Missstand muss demzufolge mithilfe einer Personalaufwuchses abgeholfen werden.

Wiesbaden, 21.01.21

Für die Fraktion
DIE LINKE
Die Fraktionsvorsitzende:

Janine Wissler